

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 6

Artikel: Alles in der Schwebe
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092699>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgai zur Weltlage und den Perspektiven

Alles in der Schwebel

Von welchen Entwicklungen und Konflikten die internationale Politik im nächsten Jahrzehnt beherrscht wird, hierfür gibt es heute keine Antworten. Im Grunde genommen ist alles möglich: vom weltweiten Wirtschaftsboom bis hin zu regionalen Atomkriegen.

Nach dem Zerfall des Kommunismus eine «neue Weltordnung» über 150 Staaten der Welt aufzuzwingen, dafür ist die UNO zu schwach, und die einzige Supermacht, die USA, zeigt zurzeit keine grosse Neigung, die Rolle des Weltpolizisten zu spielen. Ein System der regionalen Ordnungsmächte ist (noch) nicht in Sicht, weil Ansprüche auf Vormachtstellung als «Hegemonie-Bestrebungen» in jeder Region abgelehnt werden. Was zu erwarten ist, hängt hauptsächlich von fünf Faktoren ab:

1. Wann erscheint Russland — mit oder ohne die GUS-Staaten — wieder auf der weltpolitischen Bühne?

2. Nimmt die zurzeit einzige Supermacht, die Vereinigten Staaten, ihre weltpolitische Rolle weiterhin wahr, oder gibt der neue Präsident, Clinton, dem Umkrempeln der Wirtschaft und der Gesellschaft in den USA wirklich den Vorrang?

3. Europa kann in der Weltpolitik nur dann mitreden, wenn die stärksten Staaten — Deutschland, Frankreich und Grossbritannien — in der Aussenpolitik einen gemeinsamen Nenner finden und Frankreich auf seinen erkennbaren Anspruch verzichtet, in der Europäischen Gemeinschaft die politische (und wirtschaftliche) Führungsrolle zu spielen.

4. Im Nahen Osten dürfte man mit einer Befriedung nur dann rechnen, wenn der Vormarsch des von Iran finanzierten islamischen Fundamentalismus gestoppt wird.

5. Im Fernen Osten und in Südostasien wird nun ein Kräftespiel im Viereck des Zukunftsspiel bestimmen, wobei neben China, Russland und den USA künftig auch Japan eine stärkere Rolle spielen möchte.

Machtkampf in Moskau: Allianz von Altkommunisten und grossrussischen Nationalisten gegen Jelzin.

Für die Europäer und die Amerikaner sollten die Entwicklungen in den Nachfolgerstaaten der zerfallenen Sowjetunion absolute Priorität haben, zumal es Russland nicht gelang, die in den anderen GUS-Staaten lagernden mehreren tausend Atomwaffen unter seine Kontrolle zu stellen. Vor allem deshalb nicht, weil in Moskau seit Monaten ein gnadenloser Machtkampf droht, dessen Ausgang völlig offen zu sein scheint. Vordergründig geht es um einen Verfassungsverstreit zwischen dem vom Volk gewählten Präsidenten, Jelzin, und dem Präsidenten des Obersten Sowjet (Parlament), Chasbulatow, der die Kompetenzen Jelzins und dessen Regierung beschneiden und die Reformpolitik blockieren will.

Als Jelzin 1991 in Moskau die Macht übernahm und seine Machtstellung unbestreitbar war, hat er versäumt, das von Gorbatschow geerbte Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Das hat sich nun als folgenschwerer Fehler erwiesen, nachdem in diesem gesetzgebenden Organ die Altkommunisten und die mit diesen verbündeten grossrussischen Nationalisten in der Mehrheit sind, und beide auf den Sturz des Präsidenten hinarbeiten. Dazu kommt, dass Jelzin es bislang nicht vermochte, die alte Nomenklatura und die Staatsbürokraten zu entmachten, die die Wirtschaft — sowohl die verstaatlichte wie die schon privatisierte — völlig in ihrer Hand haben.

So wird für Jelzin kaum Raum gelassen, wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Im Gegenteil: Die Nomenklatura steuert das Land bewusst in ein wirtschaftliches Chaos, um die Reformpolitik als untauglich für Russland hinzustellen. Unterdessen arbeitet der militärisch-industrielle Komplex (eine Kooperation zwischen Armee und Nomenklatura) ungehindert in der Rüstungsindustrie weiter und

bietet auf allen Waffenmärkten der Welt russisches Kriegsmaterial an.

Falls Russlands Präsident sich aus diesem Clinch seiner Feinde mit einem von ihm für April geplanten Referendum durch das Volk nicht befreien kann, könnte er seine Niederlage politisch kaum überleben. Ob Jelzin im Falle einer Staatskrise mit den Streitkräften rechnen könnte, erscheint sehr fraglich. Nach einer kürzlich in Moskau veröffentlichten Umfrage wird der Präsident nur von 30 Prozent der Offiziere unterstützt, zehn Prozent sind strikt gegen ihn, und 60 Prozent haben noch keine Meinung. Aber 70 Prozent der Offiziere stehen hinter den «nationalpatriotischen Kräften», die auch von den meisten kommunistischen Organisationen unterstützt werden.

Westliches Dilemma: Moskau unterstützen oder nicht?

Unter diesen Umständen ist das westliche Dilemma verständlich: Sollte man die Reformer um Jelzin finanziell unterstützen oder abwarten, bis der Machtkampf zu Ende geht? Mit Recht behauptet die erste Denkschule, dass Demokratie und Marktwirtschaft in dem kapitalarmen Russland (und auch in den anderen GUS-Staaten) ohne massive westliche Kredithilfe praktisch chancenlos ist. Die andere Denkschule wiederum meint, den gestrigen Gegnern — der zerfallenen Supermacht — mit Geldspritzen auf die Beine zu helfen wäre töricht, bevor es nicht klar wird, wie der Machtkampf in Moskau ausgeht.

Viel Einfluss kann der Westen, wie gesehen, auf den innenpolitischen Konflikt in Moskau auch mit grosszügigen Geldhilfen nicht nehmen — zumindest zurzeit nicht. Würden die Nationalisten und Altkommunisten mit Hilfe des Militärs die Oberhand gewinnen, könnte für die westliche Allianz allerdings eine prekäre Lage entstehen.

So viel ist nämlich schon heute sicher: dass Jelzins Gegner in ersten

SOI-Bilanz-Spezial

Wenn Sie zum islamischen Fundamentalismus oder zur russischen «Mafia» mehr wissen wollen, können Sie bei uns einen Hintergrundartikel «SOI-Bilanz-Spezial» bestellen. Rufen Sie einfach unser Sekretariat an, Tel. 031 43 12 12 oder Fax 031 43 38 91.

Schritten die Wiederherstellung der zerfallenen Union erreichen wollen. Da dieses Vorhaben ohne Militärgewalt undenkbar ist, würde dort ein Jugoslawien-Konflikt im Grossformat entstehen. Dabei wäre nicht unvorstellbar, dass einige GUS-Staaten vom Einsatz von Atomwaffen nicht zurückschrecken würden, um eine erneute russische Herrschaft zu verhindern. Von taktischen Atomwaffen haben auch kleinste GUS-Staaten Tausende in ihrem Besitz.

Damit ginge die militärische Entwarnung für den Westen rapide zu Ende. Aber ein innerer Konflikt der GUS-Staaten — auch ohne Einsatz von Atomwaffen — könnte unberechenbare weltpolitische Konsequenzen haben.

Schwaches Europa: Washington als Weltpolizist auch im europäischen Interesse.

Mit Blick auf den sich zuspitzenden Machtkampf in Moskau wird die neue amerikanische Regierung voraussichtlich keine lange Schonzeit haben, sich aus der Aussenpolitik zurückziehen und sich hauptsächlich nur um das «eigene Haus» zu kümmern. Die USA sind ja sehr daran interessiert, was mit den in den GUS-Staaten herumliegenden Atomwaffen geschieht, ob sie nicht in neue Konfliktherde für gutes Geld «exportiert» werden.

Fortsetzung Seite 4

Seit die UNO existiert, muss Washington auch bei jeder «ausserplanmässigen» Krise mit eigenen Kräften intervenieren, sei es in Kuwait, Somalia oder jetzt im Balkankonflikt, um nur die letzteren zu erwähnen. Ohne die USA funktioniert selbst die UNO nicht, ganz zu schweigen von der NATO. Wie die Dinge in der Welt stehen, bleibt für Präsident Clinton weder viel Zeit noch genügend Geld, die amerikanische Wirtschaft zu reformieren.

Dabei spielt auch eine nicht unwesentliche Rolle, dass Washington mit seinen europäischen Verbündeten bei Krisenbewältigungen nur sehr beschränkt rechnen kann. Vergeblich versuchte US-Präsident Bush vor zwei Jahren, die Eindämmung des Jugoslawien-Konflikts als eindeutig europäische Aufgabe den Westeuropäern zu überlassen. Die europäische Friedensdiplomatie ist auch mit UNO-Hilfe in Belgrad kläglich gescheitert, so dass der Nachfolger von Bush sich gezwungen fühlt, vorerst auf dem Gebiet der humanitären Hilfe in Bosnien riskantere Schritte zu unternehmen.

Hinter den Kulissen des erfolglosen europäischen Krisenmanagements ist sichtbar geworden, welche tiefgreifende Differenzen unter den führenden Staaten der EG — selbst in europäischen Zukunftsfragen — bestehen. Trotz der brutalsten Völkermordaktionen der Serben verhinderte Frankreich mit britischer Assistenz bis zuletzt ein härteres Auftreten gegen das nach wie vor von Kommunisten geführte Restjugoslawien.

Von De Gaulle bis Mitterrand versucht Frankreich, die politische Führungsrolle in der EG an sich zu reissen, was jetzt im Balkankrieg einmal mehr sichtbar geworden ist. Unter diesen Bedingungen rückt freilich die geplante politische Union der EG-Staaten immer mehr in die Ferne. Eine einhellige europäische Stimme in der Weltpolitik lässt noch lange auf sich warten.

So müssen nun die USA im nahöstlichen Problemfeld weiterhin auch die europäischen Interessen vertreten, obwohl die Westeuropäer von hier 75 Prozent ihres Ölbedarfs beziehen.

Zwar dürfte Präsident Clinton in dieser Region mit seinem ersten grossen aussenpolitischen Erfolg rechnen. Die bevorstehende Vereinbarung zwischen Israel und Syrien unter amerikanischer Regie über die Rückgabe der Golan-Höhen an die Syrer wäre gleichwertig mit dem ägyptisch-israelischen Ausgleich von 1978. Das hat Moskaus Rückzug aus dem Nahen Osten ermöglicht. Aber die neue Gefahr, der Vormarsch des islamischen Fundamentalismus mit antiwestlicher und antiisraelischer Ausrichtung ist keineswegs weniger beunruhigend, als es die Sowjetpräsenz in der arabischen Welt gewesen war.

**Neue Gefahr:
Islamischer Fundamentalismus
statt Kommunismus.**

Die von Iran exportierte islamische Revolution fordert nämlich nicht nur eine religiöse Erneuerung, sondern erhebt absoluten politischen Führungsanspruch des Geistlichen in den islamischen Staaten. Seit der Machtergreifung Khomeinis im Iran 1979 sind die Fundamentalisten in jedem arabischen Land erstarkt präsent. Die Intifada gegen die israelische Besatzung in Westjordanien und im Gaza-Streifen, die Hamas-Bewegung, ist auch ein Werk der Fundamentalisten — nicht der PLO.

Jetzt, wo die iranischen Mullahs ihre fundamentalistische Wühlarbeit auch auf die islamischen GUS-Staaten und auf die Türkei ausdehnen, fördert Teheran damit indirekt die Bildung einer breiten antiiranischen Allianz, die dann offenbar bereit wäre, gegen die Quelle der islamischen Revolution auch militärisch vorzugehen. In der «Bestrafung» der Mullahs liegen freilich auch elementare amerikanische und europäische Interessen.

Der Ferne Osten und Südostasien liefern zurzeit die wenigsten Probleme, obwohl sowohl der Kambodscha-Konflikt als auch Nordkorea mit seinen Atomwaffen-Aspirationen noch unerledigte Kapitel sind. Zum

Glück für den Westen und für Japan besteht durch den erneuten Sieg der chinesischen Reformer unter Deng vorläufig kaum die Gefahr einer neuen chinesisch-sowjetischen Allianz auf ideologischer Basis.

**Fernost und Südostasien:
Japan mit Führungsanspruch.**

Trotz ihrer Gebietsforderungen halten sich Japan und China auch gegenüber dem geschwächten Russland klugerweise zurück. Falls die Alt-kommunisten und die Nationalisten

in Moskau die Macht übernehmen, könnten allerdings neue Spannungen entstehen. Die USA bleiben im pazifischen Raum insbesondere wirtschaftlich stark präsent. Das alte Kräftespiel zwischen China, Russland und den USA könnte sich nunmehr mit Japans Teilnahme wiederbeleben, wenn die russische Aussenpolitik erneut aggressiv wäre und Japan im Weltsicherheitsrat einen ständigen Sitz bekäme.

Wann und mit welchem Profil das neue Russland die weltpolitische Bühne wieder betreten wird, dieses Ereignis könnte Aufschluss über die weitere Entwicklung in der internationalen Politik geben. ■

Bestellschein für zeitbild

Schenken Sie das **zeitbild** Ihren Bekannten!

Ich bestelle das **zeitbild**

- Geschenkabo zu sFr. 50.- (Preis für Abonnent/innen)
- für 2 Jahre zu sFr. 100.- (Ausland sFr. 120.-)
- Probenummern
- Jahresabo zu sFr. 59.- (Ausland sFr. 65.-)

Name und Vorname: _____

Beruf: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel./Fax: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6